



JUNGE UNION  
NORDRHEIN-WESTFALEN

## Beschluss

des 43. NRW-Tages  
am 22./23. August 2009  
in Essen



**Digitale Welt:  
Freiheit schützen – Missbrauch bekämpfen**

**Digitale Welt: Freiheit schützen - Missbrauch bekämpfen**

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen spricht sich gegen pauschale Verbote von Computer- und Videospiele und die Ausweitung der Sperrung von Webseiten und Servern aus.

Die vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt, dass beim Thema Umgang und Nutzung von Computer und Internet die Debatte von Vorbehalten, Missverständnissen, mangelnder Sachkenntnis und hoher Emotionalität geprägt ist. Nur eine sachliche und offene Auseinandersetzung kann aber zur Lösung des „digitalen Generationenkonflikts“ beitragen. Dazu gehört die Akzeptanz, dass Computer- und Videospiele verschiedenster Art ganz selbstverständlich zur Unterhaltungskultur der jungen Generation gehören. Das von der Innenministerkonferenz der Länder beschlossene Herstellungs- und Verbreitungsverbot von sogenannten „Killerspielen“ lenkt daher von den eigentlichen Problemen ab und löst sie nicht. Es verhindert schon gar keinen Amoklauf. Die Schuld für gesellschaftliche Fehlentwicklungen bei Actionspielen abzuladen greift eindeutig zu kurz. Unbestritten müssen Kinder und Jugendliche vor Spielen geschützt werden, die für ihr Lebensalter ungeeignet sind. Dafür steht aber mit dem Jugendmedienschutz und der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) bereits ein bewährtes System zur Verfügung. Dieses muss nur konsequent angewandt und Verstöße entsprechend sanktioniert werden. Die Wirtschaft ist hier genauso in die Verantwortung zu nehmen wie Eltern und Lehrer, die an Schlüsselpositionen in der Gesellschaft stehen.

Der Vermittlung der nötigen Kompetenzen zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den neuen Medien kommt dagegen eine Schlüsselrolle zu. So stellt zum Beispiel auch der gedankenlose Umgang mit persönlichen Daten in sozialen Netzwerken ein hohes Risiko für Kinder und Jugendliche dar. Die Verantwortung liegt hierbei in erster Linie bei den Eltern, die in ihren Bemühungen unterstützt werden müssen. Darüber hinaus müssen Erzieher und Lehrer verstärkt in dieser Thematik geschult werden.

Das Internet ermöglicht immer neue Formen der Kommunikation. Niemals zuvor war es möglich direkter und schneller Gedanken und Meinungen auszutauschen und zu verbreiten. Diese Möglichkeiten werden mit besonderer Begeisterung von der jungen

Generation genutzt. Die Freiheit ist naturgemäß auch in diesem Medium ein hohes Gut, das es zu schützen gilt. Eine willkürliche Zensur ist selbstverständlich nicht hinnehmbar.

Allerdings ist das Internet kein rechtsfreier Raum und der illegale Missbrauch ist konsequent zu verfolgen. Dies gilt in besonderem Maße für die Verbreitung von Kinderpornographie in ihrer unfassbaren Brutalität. Ziel muss es immer sein, solche Inhalte konsequent zu löschen und die Urheber mit aller Härte zur Rechenschaft zu ziehen. Dafür müssen die Kompetenzen und Fähigkeiten der Polizei auf diesem Gebiet verbessert und ausgebaut werden. Für eine zeitnahe Strafverfolgung ist eine Anpassung von technischer und personeller Ausstattung an die starke Nutzung und große Bedeutung des Internets sicherzustellen.

Ist eine Löschung von Webseiten mit z.B. kinderpornographischem Inhalt nicht möglich, muss auch eine Sperrung des Zugangs in Erwägung gezogen werden. Dabei darf es aber nicht zu einer generellen Kriminalisierung von Nutzern kommen, die auf gesperrte Seiten gelangen. Dies kann völlig unabsichtlich erfolgen, besonders im Rahmen von Kurz-URLs. Besonders ernst zu nehmen ist auch die Sorge, dass die Möglichkeit der Sperrung dieser Seiten den Grundstein für einen weitergehenden Eingriff in die persönliche Informationsfreiheit gelegt hat. Dieser ist allerdings strikt abzulehnen. So ist beispielsweise eine Kontrolle des Zugangs zu Servern für bestimmte Actionspiele völlig inakzeptabel. Weiter ist das Verfahren zur Erstellung und Prüfung der Sperrlisten transparenter zu gestalten. Die Entscheidung über eine mögliche Sperrung von Internetseiten soll durch eine unabhängige Fachkommission getroffen werden.

Die weitere Entwicklung der neuen Medien wird unsere Gesellschaft immer wieder vor Herausforderungen stellen. Die Junge Union NRW setzt zu deren Bewältigung auf einen offenen Dialog der Generationen ohne Vorbehalte. Gemeinsames Ziel muss es dabei immer sein, einen Rahmen für die Nutzung der neuen Möglichkeiten in Freiheit und Verantwortung zu finden.